



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## POLEN IN OSTDEUTSCHLAND

- |   |  |    |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE   |  |    |
| Neue Formen der Migration und des Austausches im grenznahen Bereich |  | 2  |
| Bernadette Jonda, Würzburg  |  |    |
| ■ KARTEN  |  |    |
| Verkehrsinfrastruktur des Uecker-Randow-Kreises                     |  | 7  |
| Bevölkerungsentwicklung des Uecker-Randow-Kreises                   |  | 8  |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN   |  |    |
| Statistik zur Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern                 |  | 9  |
| <hr/>   |  |    |
| ■ CHRONIK   |  |    |
| Vom 17. März bis zum 06. April 2009                                 |  | 11 |

## Analyse

# Neue Formen der Migration und des Austausches im grenznahen Bereich

Bernadette Jonda, Würzburg

## Zusammenfassung

Printmedien wie auch Fernsehsendungen und diverse Internetportale widmen sich seit jüngstem einer relativ neuen Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzgebiet. So konnte man 2008 in TV *Polonia* einen Film mit dem Titel »Expansion nach Westen« anschauen, in der *Neuen Zürcher Zeitung* lesen »Die Polen kommen« oder im *Wiener Standard* »Polen entdecken Deutschland als Billig-Paradies«. Diese Beiträge, die in ihrem Grundtenor auch gelegentlich unter der Überschrift »Polen kaufen Deutschland auf« zusammengefasst werden, haben etwas Irritierendes, was man doch lange Zeit eher gewöhnt zu hören »Die Deutschen kaufen Polen auf«. Die Autorin befasst sich in ihrem Beitrag mit einer neuen Facette von Migration zwischen Polen und Deutschland.

Eine Entwicklung, die unsere Vorstellungen von der Welt, wie sie ist oder sein sollte, auf den Kopf stellt, kann sich früher oder später einer großen medialen Aufmerksamkeit sicher sein. Dies gilt auch für eine relativ neue Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Sowohl Printmedien als auch Fernsehsendungen oder diverse Internetportale widmen sich diesem neuen Thema, und so konnte man 2008 lesen: »Expansion nach Westen« (»Ekspanja na zachód«; Titel eines Films im TVP Polonia, ausgestrahlt am 8. April 2008), »Die Polen kommen« (NZZ vom 22. November 2008), »Polen entdecken Deutschland als Billig-Paradies« (Der Standard vom 24. Juni 2008) oder »Löcknitz wird polonisiert« (Titel eines Artikels auf der Homepage der NPD in Mecklenburg-Vorpommern). Auch die Sendung »Frontal 21«, die am 24. Juni 2008 unter dem Titel »Polen übernehmen das Ruder« einen Beitrag über die neue Situation an der deutsch-polnischen Grenze ausstrahlte, brachte das Thema in die deutschen Wohnzimmer. Fast zeitgleich erschien in der Süddeutschen Zeitung der Beitrag »Stadt, Land, Frust« (SZ vom 21./22. Juni 2008).

All diese Beiträge, die in ihrem Grundtenor auch gelegentlich unter der Überschrift »Polen kaufen Deutschland auf« zusammengefasst werden, haben etwas Irritierendes, was man doch lange Zeit eher gewöhnt zu hören »Die Deutschen kaufen Polen auf«. Man könnte also annehmen, dass diese Informationen nicht nur das tradierte Bild von dem »wie die Welt ist oder sein sollte« ins Wanken bringen, sondern auch einen Beitrag zum Abbau von Stereotypen und Vorurteilen leisten. Wirklich?

## Entwicklung voller Überraschungen

Es gibt zwei Sichtweisen auf die Thematik, die wiederum mehrere Facetten beinhalten. Zunächst die deutsche Perspektive: Der nordöstlichste Teil Deutschlands gehört zu den ärmsten Regionen der Bundesrepublik. Hohe

Arbeitslosigkeit (sie liegt an manchen Orten bei über 20 %) und demzufolge schlechte Perspektiven bewegen nach der Wende viele Menschen, vor allem junge, die Region zu verlassen und beispielsweise nach Westdeutschland zu ziehen. Ihre Häuser und Wohnungen blieben leer. Es gab niemanden, der dort hätte einziehen wollen. Einige Anwesen wurden 2004 zu einem Preis von 10.000 bis 15.000 Euro zum Verkauf angeboten; dennoch hat sich kein Käufer gefunden.

Aus polnischer Sicht stellt es sich so dar: Bevor die Weltwirtschaftskrise sichtbar wurde und ihre Folgen spürbar, ging es Polen in den letzten Jahren wirtschaftlich immer besser. Auch die grenznah gelegene Stadt Stettin blühte auf: Aufgrund ihrer Lage (Zugang zum Meer) wurde sie sehr attraktiv für Investoren. Es entstanden neue Arbeitsplätze und Menschen kamen, um dort zu arbeiten. Zwar hatten sie Arbeit, doch sie konnten in Stettin häufig keine geeignete Wohnung finden. Auch wenn die Stadt sehr um das Wohnungsbauwesen bemüht ist (2006 wurden 21 % und 2007 22 % aller städtischen Investitionsausgaben für diesen Bereich bestimmt), kann sie die Nachfrage nicht befriedigen, denn in Stettin – mit 407.260 Einwohnern (Stand 30. Juni 2008) die siebtgrößte polnische Stadt – wurde vor der Wende kaum investiert. Den Wohnungsbestand zu sanieren und zu modernisieren und gleichzeitig weitere moderne, den Ansprüchen der Menschen gerechte und zudem bezahlbare Wohnungen zu bauen, ist eine Aufgabe, die nur langfristig zu bewältigen ist.

Was liegt näher, als diese zwei gegenläufigen Entwicklungen zusammenzubringen? In Stettin werden Wohnungen gesucht – im Kreis Uecker-Randow, dem nördlichsten deutschen Landkreis mit einer langen Grenze zu Polen (nördlicher liegt nur noch der Kreis Ostvorpommern, aber dieser Kreis grenzt praktisch nur an das polnische Swinemünde), stehen Wohnungen und

Häuser leer. Dazwischen liegen lediglich 12 – 16 km, die aufgrund gut ausgebauter Straßen inklusiv einer Autobahn (siehe Karte im Anhang) viel schneller zu bewältigen sind als vergleichbare Entfernungen zwischen manchen polnischen Ortschaften im Umkreis von Stettin und der Stadt selbst. Der Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn, der am 21. Dezember 2007 aufgrund des Schengener Abkommens erfolgte, hat bei vielen Polen der Idee, den benötigten Wohnraum dort zu suchen, wo es ihn gibt, nämlich jenseits der Grenze, einen Schub gegeben. Findige Makler haben schnell entsprechende Dienste angeboten, und bereits 2007 stieg der Marktwert der im Kreis Uecker-Randow leerstehenden Immobilien erheblich.

Interesse daran, sich jenseits der Grenze anzusiedeln, hatten nicht nur Stettiner, die die Wohnungen in ihrer Stadt zu eng, zu teuer oder verkehrstechnisch schwer erreichbar fanden. Auch Bewohner aus anderen Regionen Polens sind auf diese Möglichkeit aufmerksam geworden. So beispielsweise eine vierköpfige Familie aus Warschau, die in der polnischen Hauptstadt 60 m<sup>2</sup> bewohnt hatte. Im Jahr 2006 verkaufte sie ihre Wohnung für 100.000 Euro und zog in die deutsche Provinz, in die ca. 11.800 Einwohner zählende ostdeutsche Kreisstadt Pasewalk (1998 lebten dort noch 12.985 Menschen). Dort erwarb sie für 30.000 Euro ein ganzes Haus, in dem auf 400 m<sup>2</sup> vier Wohnungen Platz finden könnten. Die Entfernung bis zur deutsch-polnischen Grenze beträgt lediglich ca. 20 km. Auch wenn die 400 m<sup>2</sup> Wohnfläche noch viel Zeit, Geschick und harte Arbeit erfordern, um sie bewohnbar zu machen, und die Kinder von dem Wechsel zunächst nicht begeistert waren, äußert die Interviewpartnerin kein Bedauern über diesen Schritt. Trotz mangelnder deutscher Sprachkenntnisse kämen sie gut zurecht. Sie arbeitet in Stettin, ihr Mann hat sich selbständig gemacht, die Kinder besuchen die deutschen Schulen. Die Nachbarn beschreibt sie als freundlich und entgegenkommend. Der Schritt, in den Kreis Uecker-Randow zu ziehen, wird nicht nur als eine deutliche Verbesserung der Wohnverhältnisse bewertet, sondern auch als eine Investition in die Zukunft, insbesondere die ihrer Kinder. Sie ist davon überzeugt, dass ihre Kinder mit guten Deutschkenntnissen und einem deutschen Schulabschluss bessere Startchancen in der globalisierten Welt haben werden.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Europaschule Deutsch-Polnisches Gymnasium Löcknitz. Die Idee, eine solche Schule zu gründen, ist bereits in den 1970er Jahren entstanden, sie konnte jedoch erst nach der Wende verwirklicht werden. Die ersten polnischen Schüler kamen im Schuljahr 1995/96. Die Aufnahme der polnischen

Schüler erfolgt in enger Kooperation mit dem Ignacy Łukasiewicz-Schulkomplex in Police, einer ca. 35.000 Einwohner zählenden Stadt an der Oder, 15 km nördlich von Stettin. Die Schüler bekommen dort Intensivunterricht in Deutsch, damit sie problemlos in das Deutsch-Polnische Gymnasium wechseln können. Im Schuljahr 2008/2009 kamen beispielsweise 50 % der Kinder in den 9. Klassen aus Polen.

Gegenwärtig leben im Kreis Uecker-Randow über 1.000 polnische Staatsbürger, die meisten (ca. 900) in Löcknitz. Das Motiv, für eine bessere Zukunft der Kinder zu handeln, kommt häufiger in Interviews zur Sprache. Ein weiterer Anreiz ist die Schönheit der Natur. Beispielsweise berichtet in der bereits erwähnten TV-Produktion »Expansion nach Westen« von Monika Wilczyńska eine Polin: »In Polen suchten wir seit Jahren nach einem Haus. Wir wollten in einer Gegend mit unmittelbarem Kontakt zur Natur wohnen und hier haben wir das gefunden. Wir haben die Großstadt Stettin verlassen und kamen in ein Städtchen, das von Seen und schönen Wiesen umgeben ist.«

### Günstiges Investitionsklima

Für eine andere Gruppe von Polen ist der Landstrich zwischen Pasewalk, Löcknitz und Penkun besonders attraktiv, weil sie dort eine Geschäftsidee umsetzen können, sich selbständig machen können oder sogar versuchen, eine Firma zu gründen.

Was sind die Motive für polnische Unternehmer, Firmen in Ostdeutschland zu gründen?

Im Wesentlichen sind es folgende:

In Polen werden die Fachkräfte knapp. Zum einem wuchs die polnische Wirtschaft in den letzten Jahren sehr stark, zum anderen haben viele junge Menschen das Land u. a. in Richtung Irland, Großbritannien oder Skandinavien verlassen. Diejenigen, die geblieben sind oder infolge der Weltwirtschaftskrise zurückkamen, sind nicht mehr bereit, für relativ wenig Geld zu arbeiten.

Die bürokratischen Hürden sind in Deutschland – wider Erwarten und entgegen manchen Stereotypen – niedriger als in Polen.

Produkte, die in Deutschland hergestellt werden und somit mit dem Qualitätssiegel »Made in Germany« werben dürfen, finden einen besseren Absatz, als wenn sie mit dem Etikett »Made in Poland« versehen wären. Darüber hinaus können sie teurer (bis zu ca. 20 %) verkauft werden.

Die vorhandene Infrastruktur mit gut ausgebauten Straßen und Autobahnen – im Falle des Kreises Uecker-Randow kommt noch die Nähe zum Stettiner Hafen

hinzu – sind ein weiteres Argument für eine geschäftliche Investition in Ostdeutschland.

Ein Beitrag über die in den Kreis Uecker-Randow zugewanderten Polen ohne die Erwähnung polnischer Geschäftsleute ist daher kaum denkbar. Allen voran ist Jarosław Wieczorek zu nennen. Wieczorek, der ebenfalls ein Unternehmen in Posen leitet, ist Geschäftsführer der Autozulieferer-Firma Romag Nord GmbH, die sich mit der Konstruktion und Fertigung von Präzisionswerkzeugen für die Autoindustrie befasst. Zwar liefen die Geschäfte in Polen relativ gut, doch gab es in Posen immer größere Probleme, geeignetes Personal zu finden. Dies war ausschlaggebend für die Entscheidung, einen weiteren Standort in Deutschland zu suchen. Die Wahl fiel auf Pasewalk. Wieczoreks Investition war im strukturschwachen Pasewalk sehr willkommen. Der Pasewalker Bürgermeister Rainer Dambach befürwortete die Ansiedlung in seiner Stadt und half, einige Hindernisse zu überwinden. Von den 700.000 Euro, die Wieczorek in Pasewalk investierte, waren rund 35 % Fördermittel (Investitionszulage, Mittel aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« vom Landesförderungsinstitut in Schwerin) – also fast 250.000 Euro. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Im Jahr 2008 waren 26 Menschen in der von Wieczorek gegründeten Firma beschäftigt. Zwar ist auch dieses Unternehmen von der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen (Ende Februar 2009 waren nur noch 12 Mitarbeiter angestellt), doch hervorzuheben ist, dass 75 % der Belegschaft Deutsche sind. Viele von ihnen haben zuvor lange einen Job gesucht. Daher bekommt der Firmengründer für ihre Löhne Zuschüsse von der Agentur für Arbeit. Noch viel wichtiger ist aber, dass die Angestellten eine neue berufliche Chance und eine Perspektive bekamen. So liegt es nicht nur im Interesse des Firmeninhabers, dass die Geschäfte laufen.

Der Umgang der Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der polnischen Firmengründer – inzwischen sind es bereits über zehn in Pasewalk – ist von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Die Stadt bietet ihnen die Zusammenarbeit mit zwei Projektmanagerinnen für Wirtschaftsförderung an. Eine von ihnen ist gebürtige Polin und trägt wesentlich dazu bei, eventuelle Sprachbarrieren zu überwinden. Die Hilfsbereitschaft der Verwaltung wird möglicherweise nicht verhindern können, dass die allgemeine Wirtschaftskrise schon bestehende Firmen in Schwierigkeiten stürzt oder Neugründungen verhindert. Aber sie kann schon jetzt eine zufriedenstellende Bilanz nachweisen (im Jahr 2008 sind in Pasewalk und Umgebung über 40 Arbeitnehmer einer Tätigkeit in einer von einem polnischen Staatsbürger gegrün-

deten Firma nachgegangen) und sie könnte langfristig wichtige Signale setzen. Dass sich der Bürgermeister um jeden bemüht, der bereit ist, Arbeitsplätze zu schaffen, ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der Region (sie liegt bei über 15 %, Tendenz steigend) nachvollziehbar, ebenso dass Jarosław Wieczorek mit Achtung und Anerkennung von seinen Mitarbeitern spricht. Doch dass es angesichts dieser Situation Menschen gibt, die vor »den Polen« warnen, ist schwer zu begreifen. Aber darüber später.

### Grenzüberschreitende Projekte

Je größer die Entfernung zur deutsch-polnischen Grenze und somit auch zu Stettin, desto weniger attraktiv ist die Region als Wohnort für die polnischen Bürger. Doch dies ist kein Hindernis für die Entwicklung innovativer deutsch-polnischer Projekte wie zum Beispiel der Vorhaben, in der Stadt Eggesin eine Filiale der Stettiner Universität zu eröffnen und ein deutsch-polnisches Umweltbildungszentrum aufzubauen – und somit zur Aufwertung der naturräumlichen und touristischen Infrastruktur am Stettiner Haff beizutragen.

Im Februar 2008 wurde in Eggesin, im ehemaligen Gebäude der Stadtverwaltung, ein Büro der Stettiner Universität eröffnet. Dies soll der erste Schritt auf dem Weg zur Gründung einer Filiale der polnischen Hochschule sein. Der Stettiner Soziologe Dr. Andrzej Michalak hat dort wöchentliche Sprechstunden etabliert. Geplant ist zunächst die Einrichtung eines Studienbetriebs, dessen Veranstaltungen an den Wochenenden stattfinden würden. Weitere Pläne hängen von der Entscheidung des für Hochschulwesen zuständigen Ministeriums in Warschau ab. Die Idee findet große Zustimmung in Eggesin. Man erhofft sich, dass es langfristig gelingt, durch diese Initiative junge Menschen zu motivieren, in der Region zu bleiben und die Abwanderung von Fachkräften zu stoppen.

Der Aufbau eines deutsch-polnischen Umweltbildungszentrums ist im Kontext der bereits langjährigen intensiven partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Stadt Eggesin als geschäftsführender Gemeinde für das Amt »Am Stettiner Haff« und der polnischen Gemeinde Dobra zu sehen. Die bislang auf kommunaler Ebene praktizierte Zusammenarbeit soll gegenwärtig auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes, der Umweltbildung und des darauf aufbauenden grenzüberschreitenden Naturerlebnistourismus ausgebaut werden. Federführend in diesem Gemeinschaftsprojekt ist die Stadt Eggesin.

Zwischen den Projektpartnern wurden der Rahmen des Projektumfangs festgelegt und die Schwer-



punkte bestimmt. Zum einen soll in der Stadt Eggesin das deutsch-polnische Umweltbildungszentrum »Die Arche« und auf der polnischen Seite in der Stadt Dobra ein Natur- und Umweltinformationspavillon errichtet werden. Zum anderen soll die touristische Infrastruktur und die naturräumliche Ausstattung aufgewertet und erweitert werden. Dies soll unter anderem durch die Errichtung eines grenzüberschreitenden Rad- und Wanderwegs durch die Grenzregion zwischen Eggesin und Dobra erfolgen, der mit entsprechenden Informations- und Schautafeln (zum Beispiel mit Hinweisen auf »grenzenlose« Lebensräume von Pflanzen und Tieren) sowie Rastplätzen ausgerüstet wird. Das Projekt wird sukzessiv in der Zeit von September 2009 bis Dezember 2011 im Rahmen des Programms INTERREG IV A umgesetzt.

Auch die Aktivitäten der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Ueckermünde, die mit ihren über 300 Mitgliedern die zweitgrößte Gesellschaft in Deutschland ist und der besonders viele junge Menschen angehören, sind erwähnenswert. Allem voran die Initiative, in den Kindergärten und Grundschulen der Region Polnischunterricht anzubieten. Inzwischen sind es 17 Einrichtungen (14 Kindergärten und drei Grundschulen), in denen deutsche Muttersprachler spielerisch die Sprache der Nachbarn erlernen. Lesungen, Vorträge, Exkursionen mit den polnischen Partnern und insbesondere die 1. Mai-Feste und die Polnischen Wochen, die von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft organisiert werden, bieten darüber hinaus Gelegenheiten, die deutsch-polnischen Kontakte über die immer unsichtbarer werdende Grenze hinweg zu pflegen.

### Rückbesinnung auf das Vergangene

Um auf den anfangs formulierten Zweifel zurückzukommen, ob die hier dargestellte Entwicklung tatsächlich zum Abbau von Stereotypen beiträgt, sei zunächst eine persönliche Erfahrung von einer Konferenz angeführt: Zur Illustration eines Vortrags zu diesem Thema zeigte ich einige Aufnahmen von Immobilien aus dem Kreis Uecker-Randow, die eine Stettiner Maklerin ins Internet gestellt hatte. Im Publikum – es waren sowohl Polen als auch Deutsche anwesend – war amüsiertes Lachen zu hören. Für mich war dies durchaus nachvollziehbar: Auch ich fand die Beschreibung des Maklerbüros zu den abgebildeten Häusern amüsant. Ein Beispiel: Auf dem Bild ein freistehendes Haus, die Beschreibung dazu lautete: »18 km vom Zentrum Stettins entfernt. Freistehendes Haus – früher ein Einfamilienhaus, kann aber auch als Zwei- oder Mehrfamilienhaus genutzt werden. Par-

terre: 4 Zimmer, Küche, Vorratsraum, Bad und Diele. 1. Stock: 6 Zimmer, Küche, Bad. Ganz unterkellert [...] Ein großer Vorteil ist die Möglichkeit, die Innenräume nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.« Die letzte Information bedeutete offensichtlich, dass die Innenräume im gegenwärtigen Zustand nicht bewohnbar sind. Weiter hieß es: »Früher war das Haus eine schöne Residenz. Nach der Renovierung kann es zu der früheren Pracht zurückkehren. Die Gegend ist gut geeignet für Menschen, die Ruhe, Stille und Anonymität schätzen.« Und weiter: »Zugang zum Grundstück von zwei Seiten. Das Haus liegt in einer ruhigen Gegend«, was wohl bedeutete: eine einsame, verlassene Gegend. Die Außenaufnahmen des Hauses schienen dies zu bestätigen: weit und breit ist kein anders Haus zu sehen. Der Vollständigkeit halber gab ich noch einige Kerninformationen zu dem angebotenen Anwesen: Grundstücksfläche: über 5.300 m<sup>2</sup>, Wohnfläche: 360 m<sup>2</sup>, Zahl der Zimmer: 10, Preis: 64.000 Euro.

Die amüsierten Reaktionen aus dem Publikum bezog ich auf die Kreativität und eine gewisse Gewitztheit in der Beschreibung des Maklerbüros. Und auch auf die Tatsache, dass in Deutschland ein Haus mit 360 m<sup>2</sup> Wohnfläche für 64.000 Euro erworben werden kann – kennt man doch die Preise aus München, Hamburg oder Berlin. Doch ich lag falsch, wie ich in anschließenden Gesprächen erfuhr. So erklärte eine junge Polin, ich hätte dargestellt, dass die Polen keinen Stolz hätten und »jede Ruine kaufen«. Eine Ostberlinerin fand, ich hätte gezeigt, wie primitiv die Inneneinrichtung einer ostdeutschen Wohnung gewesen sei. Diese Begebenheit scheint mir ein weiteres Mal zu belegen, dass im deutsch-polnischen Beziehungsgeflecht die Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten für jede Begebenheit nahezu grenzenlos ist.

So ist es auch mit der Deutung der Entwicklung im nördlichsten Bereich der deutsch-polnischen Grenze: Sie kann als sehr gefährlich eingestuft werden. Immerhin haben bei den letzten Landtagswahlen in dieser Region manchenorts 18 % der Wähler der NPD ihre Stimme gegeben und von Seiten der NPD wird im gerade stattfindenden Wahlkampf – am 7. Juni 2009 finden in Mecklenburg-Vorpommern die Kommunalwahlen statt – eine massive antipolnische Stimmung geschürt. Auch wurden in Löcknitz im Januar 2008 neun Autos mit polnischen Kennzeichen beschädigt. Dieses darf nicht bagatellisiert werden. Ebenso wenig aber darf all das, was an positiven Entwicklungen wahrzunehmen ist, in den Hintergrund gedrängt werden.

Die zerschlagenen Autoscheiben lassen erkennen, dass es für Unruhestifter immer noch möglich ist, alte

Feindseligkeiten zu beleben. Für einige Deutsche, die (bis zur Wende) ein bestimmtes Bild von den Verhältnissen jenseits der Oder hatten, sie als armselig und rückständig beurteilten, ist es zudem schwer anzunehmen, dass gerade aus Polen Menschen kommen, die ihnen wirtschaftlich überlegen sind (oder zu sein scheinen). Umso wichtiger wäre es, wenn die neue Migration von gezielten Bildungsmaßnahmen und sozialpädagogischen Angeboten flankiert werden würde, um mehr Verständnis und Empathie für einander zu entwickeln. Im Kreis Uecker-Randow und in den benachbarten Kreisen spielt sich eine Geschichte von enormer Bedeutung und Reichweite ab. Es ist eine authentische Bewegung »von unten«. Sowohl die Menschen, die aus Polen kommen, wie auch die, die diese Gebiete seit Jahrzehnten bewohnen, können vorleben, was es bedeutet, sich nicht durch Grenzen und Grenzziehungen einschränken zu lassen und

zu wagen, alternative Konstellationen zu denken und zu verwirklichen. Dabei muss nicht alles neu erfunden werden, sondern es muss lediglich das Verschüttete wieder aufleben bzw. müssen einige Erfahrungen aus der Vergangenheit als Modell für neue Konstellationen genutzt werden. In einem von mir geführten Interview wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die gegenwärtige Situation partiell Gemeinsamkeiten mit der Vorkriegszeit aufweist. Auch damals übte Stettin eine große Anziehungskraft auf die umliegenden Ortschaften aus und es war normal, dass man in der Großstadt arbeitete und im Umland lebte.

Der Kreis Uecker-Randow (als Beispiel genommen) ist keineswegs nur »vom Aussterben bedroht«. Er hat die Chance, ein Modell für eine deutsch-polnische Nachbarschaft zu sein, die in einem Europa des 21. Jahrhunderts zeitgemäß ist.

Die Autorin widmet sich verstärkt dem Thema »Neue Formen der Migration und des Austausches zwischen Deutschen und Polen«. Dazu interviewte sie in den ersten Monaten des Jahres 2009 zahlreiche Deutsche wie Polen im den Landkreisen Uecker-Randow und Uckermark sowie in Stettin. Erste Ergebnisse stellte sie auf der vom Deutschen Polen-Institut organisierten Ersten Tagung Deutsche Polenforschung »Migrationen und Transfers« vom 26. bis 28. Februar 2009 in Darmstadt vor.

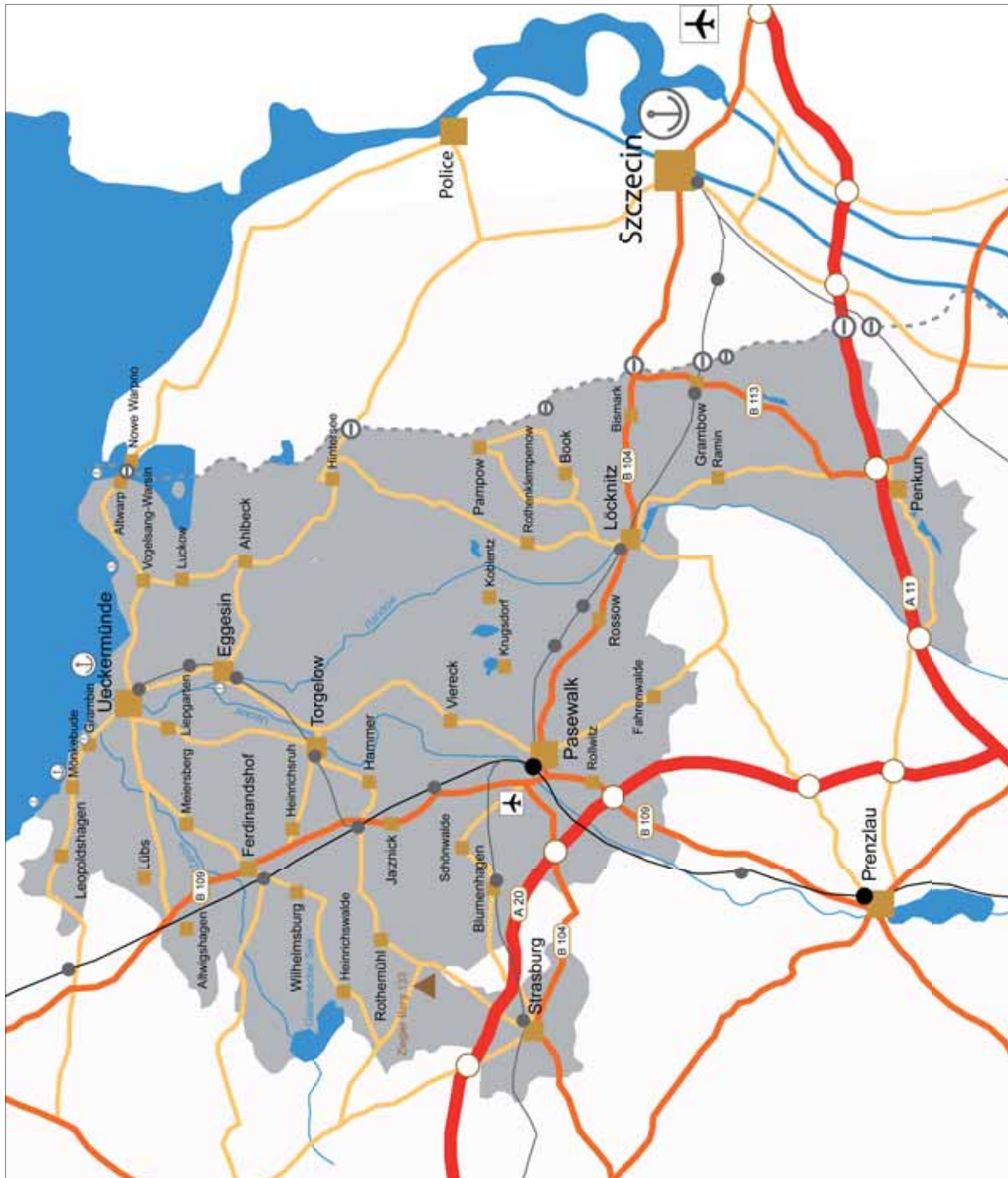
#### *Über die Autorin*

Dr. Bernadette Jonda ist Mitarbeiterin an der Universität Würzburg, Institut für Politikwissenschaft und Sozialforschung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u. a. Jugendsoziologie, deutsch-polnische Beziehungen, demografischer Wandel. Veröffentlichungen u. a.: *Młodzi Polacy i młodzi Niemcy w nowej Europie* [Junge Polen und junge Deutsche im neuen Europa], Warszawa 2005 (als Autorin und Herausgeberin zusammen mit Krzysztof Kosęła), *Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor*, Wiesbaden 2008 (als Autorin und Herausgeberin zusammen mit Reinhold Sackmann und Maria Reinhold).

Karten

## Verkehrsinfrastruktur des Uecker-Randow-Kreises

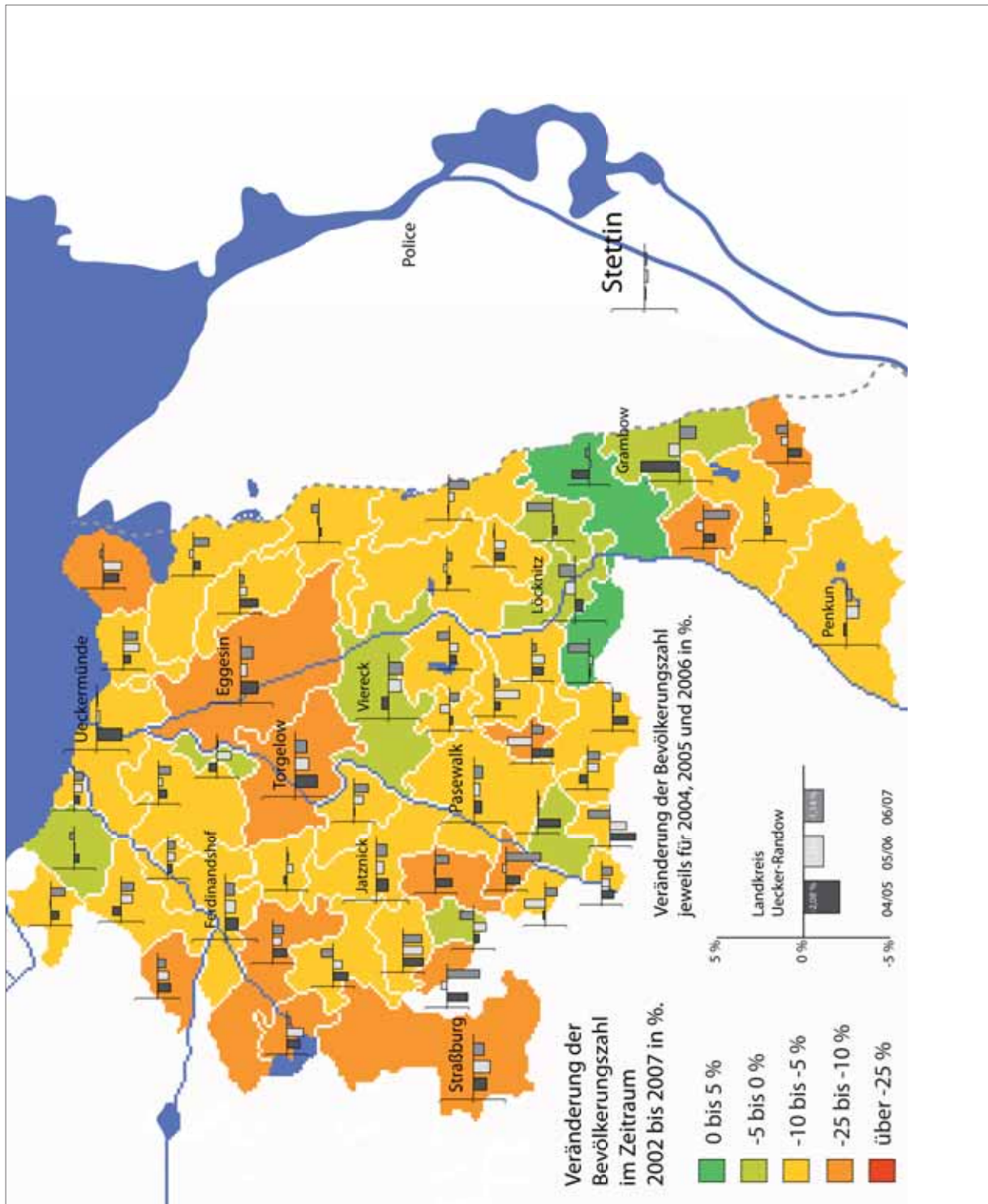
Erstellung der Karte: Thomas Böhme, <http://www.thomas-boehme-architektur.de>





## Bevölkerungsentwicklung des Uecker-Randow-Kreises

Erstellung der Karte: Thomas Böhme, <http://www.thomas-boehme-architektur.de>

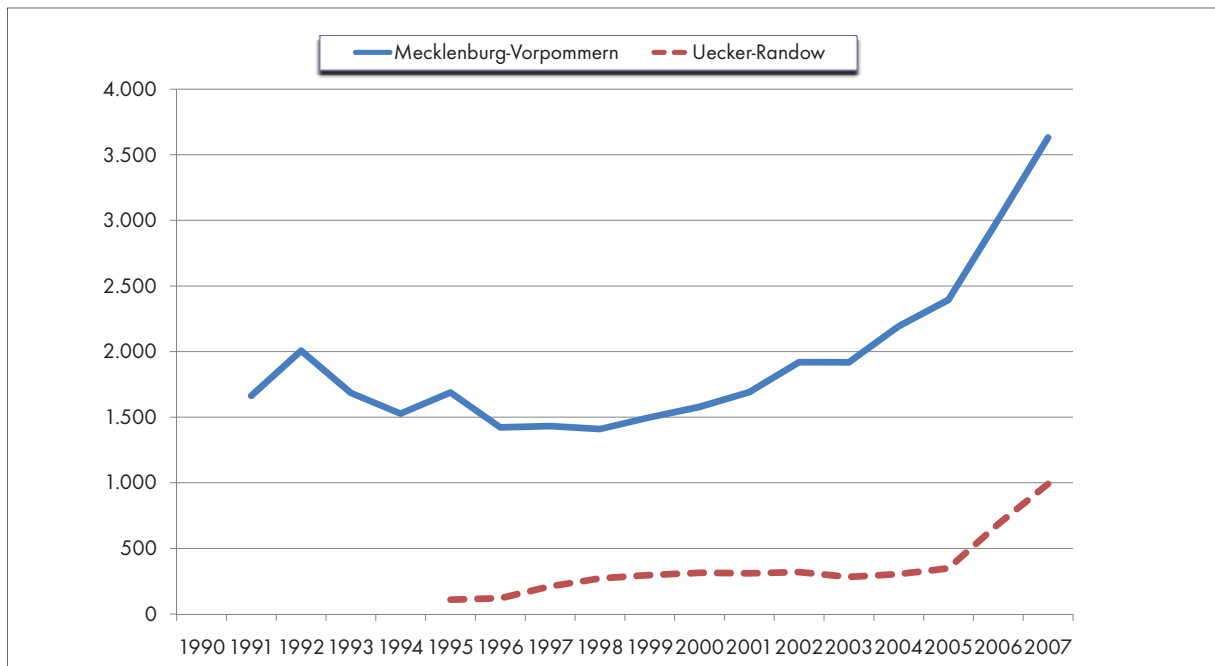




**Tabellen und Grafiken**

## Statistik zur Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern

### Polnische Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern und im Landkreis Uecker-Randow



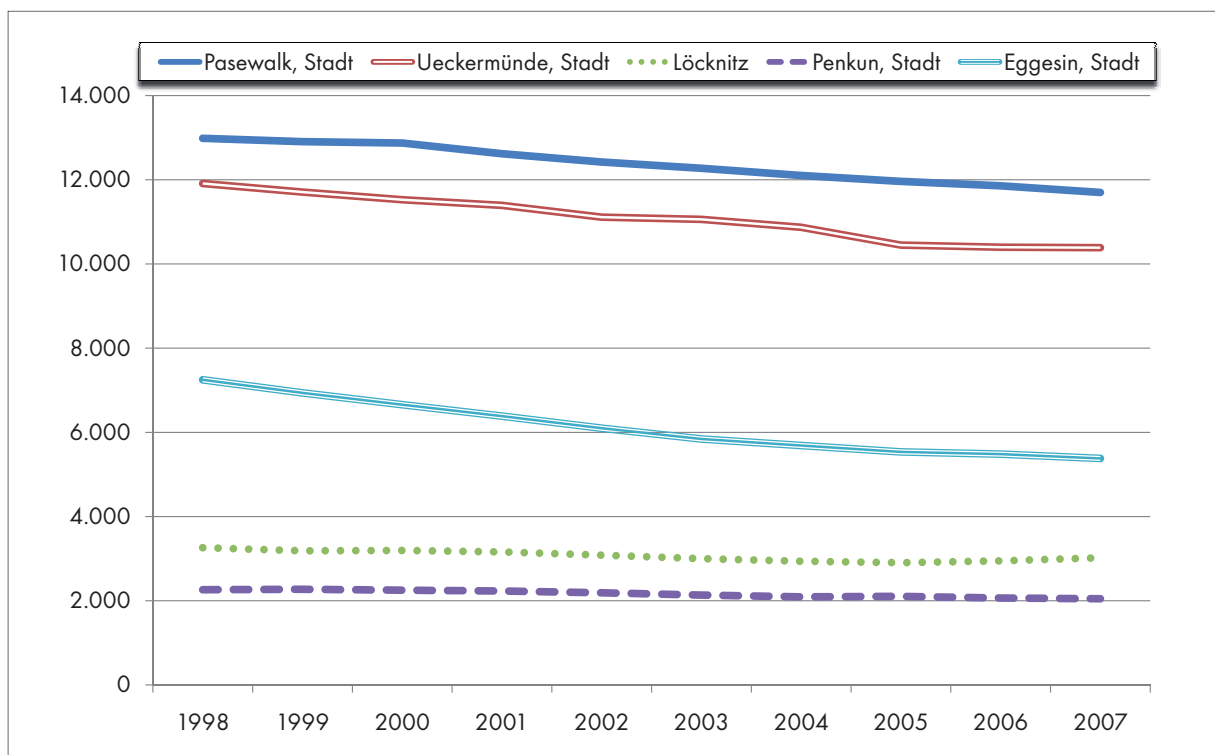
Jahr*	Mecklenburg-Vorpommern	Landkreis Uecker-Randow
1990	-	-
1991	1663	-
1992	2007	-
1993	1685	-
1994	1528	-
1995	1689	109
1996	1422	120
1997	1433	210
1998	1410	272
1999	1499	297
2000	1579	314
2001	1691	310
2002	1920	319
2003	1919	283
2004	2193	304
2005	2394	348
2006	3006	685
2007	3631	992

\*Polnische Bevölkerung am 31.12.

Zeichenerklärung: – Zahlenwert nicht bekannt oder nicht veröffentlicht

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Angaben des Ausländerzentralregisters

**Bevölkerung ausgewählter Gemeinden des Landkreises Uecker-Randow 1998–2007**



Gemeinde	Amt bzw. amtsfreie Gemeinde	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Pasewalk, Stadt	amtsfreie Gemeinde	12.985	12.907	12.873	12.619	12.422	12.272	12.102	11.961	11.856	11.699
Ueckermünde, Stadt	amtsfreie Gemeinde	11.912	11.709	11.526	11.392	11.113	11.060	10.871	10.449	10.399	10.387
Löcknitz	Löcknitz-Penkun	3.261	3.187	3.195	3.160	3.083	3.000	2.939	2.904	2.948	3.021
Penkun, Stadt	Löcknitz-Penkun	2.263	2.274	2.253	2.233	2.191	2.136	2.095	2.104	2.065	2.048
Eggesin, Stadt	Am Stettiner Haff	7.249	6.938	6.658	6.385	6.098	5.843	5.687	5.536	5.483	5.380
<b>Landkreis Uecker-Randow</b>		<b>87.442</b>	<b>86.399</b>	<b>85.086</b>	<b>83.459</b>	<b>81.632</b>	<b>80.308</b>	<b>78.794</b>	<b>77.152</b>	<b>76.262</b>	<b>75.392</b>

Polnische Bevölkerung am 31.12.

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Angaben des Ausländerzentralregisters

**Schülerstand des Deutsch-Polnischen Gymnasiums in Löcknitz im Schuljahr 2008/2009  
(Stand: 26.11. 2008)**

Klasse	SchülerInnen insgesamt	Jungen	Mädchen	polnische SchülerInnen	gesamt pro Schuljahr
7a	22	8	14	4	44
7b	22	12	10	3	
8a	29	14	15	7	56
8b	27	14	13	6	
9a	28	11	17	15	56
9b	28	11	17	13	
10a	30	13	17	11	57
10b	27	10	17	9	
11a	24	9	15	9	72
11b	24	7	17	8	
11c	24	9	15	10	
12a	25	11	14	9	77
12b	26	11	15	11	
12c	26	11	15	10	
<b>gesamt</b>	<b>362</b>	<b>151</b>	<b>211</b>	<b>125</b>	<b>362</b>

Quelle: Europaschule Deutsch-Polnisches Gymnasium in Löcknitz, [www.dpg-loecknitz.de/index.php?lang=de&id=35](http://www.dpg-loecknitz.de/index.php?lang=de&id=35) (abgerufen am 03.04.2009).

**Chronik**
**Vom 17. März bis zum 06. April 2009**

17.03.2009	Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) nimmt zu den Vorwürfen Stellung, die vergangene Woche gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak (Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) erhoben wurden, dass dieser wirtschaftlich tätig sei, obwohl dies aufgrund seines politischen Amtes nicht erlaubt sei. Die Situation entspreche nicht den Standards, die er im öffentlichen Leben gutheiße, so Tusk. Er könne aber seinem Koalitionspartner diese nicht vorschreiben und keine Sanktionen verhängen. Die Koalition aus PO und PSL sei nicht ideal, aber optimal. In Schlüsselfragen könne sie für Polen am meisten ausrichten.
17.03.2009	Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats, Tomasz Misiak, tritt aus der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) aus und verzichtet auf seine Mitgliedschaft in der Fraktion. Hintergrund sind Vorwürfe, dass Misiak vom Wertsondergesetz, an dem er in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender mitgearbeitet hatte, wirtschaftlich profitiert habe. Ministerpräsident Donald Tusk hatte ihm den Verzicht nahegelegt. Misiak sollte die Wahlkampagne der PO für die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni leiten.
18.03.2009	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) bildet mit der Landespartei der Pensionäre und Rentner (Krajowa Partia Emerytów i Rencistów – KPEiR) eine Wahlliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni.
19.03.2009	Die Regierung lehnt mit den Stimmen der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) das Veto des Staatspräsidenten gegen das Gesetz zur Herabsetzung des Schuleintrittsalters von sieben auf sechs Jahre ab. Das Gesetz wird 2012 in Kraft treten.

20.03.2009	Auf dem EU-Gipfel in Brüssel werden Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossen. Im 400 Mrd. Euro umfassenden EU-Konjunkturpaket beträgt der Anteil Polens 20 Mrd. Euro. Für Investitionen im Energiesektor und den Ausbau des Internetzugangs erhält Polen 300 Mio. Euro. Staatspräsident Lech Kaczyński und Ministerpräsident Donald Tusk sprechen übereinstimmend von einem Erfolg des Gipfels für Polen.
20.03.2009	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksalianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, und der Vorsitzende der Polnischen Linken (Polska Lewica – PL) und ehemalige Ministerpräsident Leszek Miller unterschreiben eine Kooperationsvereinbarung, die u. a. gemeinsame Wahlkampagnen vorsieht. Angesichts der Krise müsse die Linke zusammenhalten, so Napieralski. Miller appelliert an andere linke Parteien, ebenfalls mit der SLD zusammenzuarbeiten. Angehörige der PL werden auf der Liste der SLD für das Europäische Parlament kandidieren, er selbst sehe seinen Platz im polnischen Parlament.
21.03.2009	Der Vorsitzende der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, macht Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski dafür verantwortlich, dass Polen nicht der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) angehört, obgleich Polen alle Voraussetzungen dafür erfülle. Die Tatsache nicht dazuzugehören bedeute eine Degradierung und sei ein Signal an alle Hauptstädte, wie Polen behandelt werden dürfe, nämlich nicht seinen Potenzialen entsprechend.
23.03.2009	Justizminister Andrzej Czumak stellt eine Reform der Staatsanwaltschaft zum 1. Januar 2010 in Aussicht, die die Trennung des Amtes des Generalstaatsanwalts vom Amt des Justizministers ab dem 1. Januar 2011 zur Folge haben soll. Damit soll eines der wichtigsten Wahlversprechen der PO umgesetzt werden.
24.03.2009	Umweltminister Maciej Nowicki gibt bekannt, dass die um die Stadt Augustów (Nordostpolen) geplante Umgehungsstraße, die die Stadt vom LKW-Transitverkehr ins Baltikum entlasten soll, nicht wie vorgesehen durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal verlaufen wird. Die Trasse werde weiter westlich verlaufen und an der Ortschaft Raczki vorbeiführen. Mit den Bauarbeiten soll 2010 begonnen werden. Im Frühjahr 2007 hatten die Medien die Proteste polnischer Umweltschützer gegen die ökologische Gefährdung des Rospuda-Tals verfolgt. Die Europäische Kommission hatte den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingeschaltet, da das Rospuda-Tal zum EU-Programm Natura 2000 gehört.
24.03.2009	Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) gibt bekannt, dass die Arbeitslosigkeit von 10,5 % im Januar auf 10,9 % im Februar gestiegen ist.
26.03.2009	Nach veröffentlichten Informationen des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej – IPN) soll der Beauftragte für Internationale Angelegenheiten beim Staatspräsidenten, Mariusz Handzlik, 1987 als geheimer Mitarbeiter der Sicherheitsdienste der Volksrepublik registriert worden sein. Staatspräsident Lech Kaczyński teilt mit, dass er gegenwärtig keinen Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit sehe, da er über alles informiert gewesen sei.
29.03.2009	Als Reaktion auf eine veröffentlichte Magisterarbeit eines Mitarbeiters des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej – IPN), in der er politisch (wegen angeblicher Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten der Volksrepublik) und persönlich verunglimpft werde, droht der ehemalige Arbeiterführer und Staatspräsident Lech Wałęsa, seine Teilnahme an allen Feierlichkeiten zum Jahr 1989 abzusagen und die ihm verliehenen Auszeichnungen zurückzugeben. Eine Institution wie das IPN müsse rechtskräftige Urteile des Lustrationsgerichts respektieren. Er habe für einen anderen Staat und andere Verhaltensformen der Vertreter staatlicher Strukturen gekämpft.
30.03.2009	Ministerpräsident Donald Tusk verteidigt Lech Wałęsa als Helden einer nationalen Legende, die im Interesse der Nation und ihrer Zukunft gepflegt werden müsse. Tusk appelliert an die Mitarbeiter und Historiker des IPN, die ihnen zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel nicht zu missbrauchen, andernfalls würden sie ihnen in Zukunft gekürzt. Auf einer Pressekonferenz distanziert sich der Direktor des IPN, Janusz Kurtyka, von der Publikation des Mitarbeiters, die dieser vor seiner Anstellung am IPN als Magisterarbeit eingereicht und nun in einem privaten Verlag veröffentlicht habe. Das IPN sei nicht der Herausgeber des Buches, welches in keines der wissenschaftlichen Projekte des Instituts integriert sei; daher sei es auch nicht aus dem Budget des IPN finanziert worden.
30.03.2009	In einer Rede an der Nikolaus Kopernikus-Universität in Thorn bezeichnet Außenminister Radosław Sikorski Russland als notwendigen Partner bei der Lösung europäischer und weltweiter Probleme. Er halte daher grundsätzlich eine Aufnahme Russlands in die NATO für richtig. Dies würde die Demokratisierung Russlands fördern und die politische Kontrolle über das Militär ermöglichen sowie die Grenzkonflikte eindämmen, da dann die russischen Generäle aufhören müssten, Drohungen als Mittel der Politik einzusetzen.



31.03.2009	Die Weltbank geht von einem Wirtschaftswachstum in Polen von 0,5 % im Jahr 2009 aus. Im November 2008 hatte sie für den Zeitraum noch ein Wachstum von 4 % prognostiziert. Für 2010 sagt die Weltbank einen Anstieg des Bruttozialprodukts um 2,7 % voraus.
01.04.2009	In einem Interview mit der Tageszeitung »Polska« teilt der Direktor des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Janusz Kurtyka, mit, der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski sei von 1983 bis 1989 als geheimer Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Volksrepublik geführt worden. Am Vortag hatte Kwaśniewski als Reaktion auf die Anfang der Woche erschienene Veröffentlichung eines IPN-Mitarbeiters, in der der ehemalige Oppositionsführer und Staatspräsident Lech Wałęsa verunglimpft wird, das IPN als Institut der Nationalen Lüge bezeichnet. Die Fraktion der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) reicht nach Bekanntwerden des Interviews eine Antrag beim Sejmarschall auf Abberufung Kurtykas von seinem Posten wegen der Angriffe auf ehemalige Staatspräsidenten ein. Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, erinnert daran, dass die PO eine Änderung des Gesetzes zum IPN vorbereitet.
02.04.2009	Der Sejm lehnt nach erster Lesung den Gesetzentwurf der Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) ab, die staatliche Parteienfinanzierung bis Ende 2010 abzuschaffen. In der vorangegangenen Debatte kritisiert Ministerpräsident Donald Tusk eventuelle Gegenstimmen als Versuch von Besitzstandswahrung. Die Partei, die das bestehende staatliche Finanzierungssystem aufrechterhalten wolle, verliere das moralische Recht, über Möglichkeiten, öffentliche Mittel angesichts der Wirtschaftskrise einzusparen, mitzureden. Tusk wird für seine Äußerungen von Oppositionspolitikern und auch Politikern des Koalitionspartners Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) heftig kritisiert.
03.04.2009	Der Sejm verabschiedet den Gesetzesentwurf der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), der vorsieht, die staatliche Parteienfinanzierung bis Ende 2010 zu kürzen. Auf diese Weise sollen pro Jahr 34 Mio. Zloty eingespart werden.
04.04.2009	Im Zusammenhang mit der Wahl des neuen Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen auf dem NATO-Gipfel in Straßburg wird Staatspräsident Lech Kaczyński von führenden Politikern der regierenden Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) heftig kritisiert, dass er die Regierungsweisung nicht eingehalten habe, die türkische Kritik an Rasmussen zu unterstützen, um schließlich Außenminister Radosław Sikorski als weiteren Kandidaten für den Posten einzubringen. Kaczyński argumentiert, es sei von vornherein eindeutig gewesen, dass Rasmussen den Posten erhalten würde. Eine Regierungsweisung habe er nicht erhalten.
05.04.2009	Während des EU-USA-Gipfels in Prag kommen Ministerpräsident Donald Tusk, Staatspräsident Lech Kaczyński und der amerikanische Präsident Barack Obama zu einem Gespräch zusammen. Thematisiert wird u. a. der Klimaschutz. Im Anschluss daran stellt Tusk heraus, dass Chancen bestünden, mit den USA eine gemeinsame Strategie für die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember im Rahmen einer Arbeitsgruppe vorzubereiten, da beide Länder aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Brennstoff Kohle vor ähnlichen Problemen stünden.
06.04.2009	In der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« erscheint ein offener Brief namhafter Künstler und Intellektueller, in dem heftig gegen den Vorsitzenden des Landesrundfunk- und Fernsehrats (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT), Rafał Farfał, protestiert wird, der sich von seiner bekannten neofaschistischen Vergangenheit bisher nicht distanziert habe und seine alten Kontakte für seine Stellenbesetzungspolitik im polnischen Fernsehen nutze.

## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)  
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)